

Aids2010 - Call for Action

memorandum submitted by the Community Forum Austria 2010

Die im Community Forum Austria 2010 zusammengeschlossenen Organisationen und Community-VertreterInnen halten fest, dass durch die HIV-Pandemie betroffene und gefährdete Personengruppen sowie Menschen mit HIV und Aids in Österreich bis heute Stigmatisierung und Diskriminierung ausgesetzt sind.

Im weltweiten Kampf gegen HIV und Aids kommt die Republik Österreich ihren internationalen Verpflichtungen bisher nur in einem beschämend geringen Ausmaß nach.

Aktuelle Situation:

Individuelle, strukturelle, institutionelle, rechtliche und ökonomische Diskriminierung beeinträchtigt auch in Österreich substanziell die Menschenrechte von verletzlichen Gruppen und Menschen mit HIV und Aids:

- Die sexuelle Gesundheit sowie ein uneingeschränkter Zugang zu selbstbestimmten reproduktiven Rechten sind in Österreich noch immer nicht für alle Frauen gewährleistet.
- Schwule Männer und lesbische Frauen sind in Österreich nach wie vor rechtlicher Ungleichbehandlung und Homophobie in der Gesellschaft ausgesetzt. Individuelle Diskriminierung erfahren sie als HIV-Positive unter anderem auch in der Arbeitswelt.
- HIV-positive Menschen werden noch immer rechtlich diskriminiert und durch gesetzliche Bestimmungen wie durch §§ 178 ff im österreichischen Strafrecht kriminalisiert.
- HIV-positive und an Aids erkrankte Menschen aus Entwicklungsländern haben kein Recht auf humanitären Aufenthalt
- DrogengebraucherInnen werden durch das Fehlen von Nadelaustauschprogrammen in österreichischen Gefängnissen institutionell diskriminiert.
- Durch restriktive Gesetze, Stigmatisierung, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung sind die Menschenrechte von SexarbeiterInnen in Österreich, insbesondere von jenen mit Migrationshintergrund, stark beeinträchtigt. Durch diskriminierende Bestimmungen im österreichischen Gesundheitswesen ist ihnen der Zugang zu niederschweligen präventiven Angeboten weiterhin verwehrt.
- Der weltweit ungleiche Zugang zu Präventionsmaßnahmen, zu antiretroviralen Medikamenten sowie zu einer angemessenen Behandlung findet im europäischen Vergleich eine unzureichende Berücksichtigung in den Programmen österreichischer Entwicklungszusammenarbeit und Gesundheitspolitik. Dadurch werden HIV-positive und an Aids erkrankte Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika, Südost- und Zentraleuropa durch die österreichische Politik ökonomisch diskriminiert.

Der Kampf gegen die Diskriminierung von Menschen mit HIV und Aids führt unabdingbar über die Respektierung der Prinzipien und die Umsetzung von universell anerkannten Menschenrechtsinstrumenten, die von Österreich unterzeichnet wurden.

Österreich hat als Gastgeber der Weltaidskonferenz 2010 die Chance, an seine Rolle bei der UN-Menschenrechtskonferenz von 1993 anzuknüpfen.

Forderungen des Community Forum Austria 2010:

Aus menschenrechtlicher Sicht besteht nach Überzeugung der im Community Forum Austria 2010 zusammengeschlossenen Organisationen und Community-VertreterInnen in Österreich konkreter Handlungsbedarf in den Bereichen Gesetzgebung, Betreuung, Bildung und Forschung sowie in Politik und Gesellschaft:

1. Adaptierung rechtlicher Bestimmungen:

Rasche Korrektur von HIV-positive Menschen diskriminierenden Bestimmungen im österreichischen Strafgesetz (§§ 178 ff).

Ein bisher fehlender humanitärer Aufenthalt für HIV-positive und Aids erkrankte Menschen bedarf dringend einer gesetzlichen Änderung.

Zwangsuntersuchungen für SexarbeiterInnen sind nicht menschenrechtskonform und müssen dringend abgeschafft werden. Hingegen ist für SexarbeiterInnen - unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Registrierung - ein niederschwelliger Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, zu HIV-Prävention und Behandlung einzurichten.

2. Verstärkte Bildung und Forschung:

Nachhaltige Förderung von interdisziplinärer Aidsforschung zur Schließung bestehender Wissenslücken über die Lebensrealität von Menschen mit HIV und Aids - insbesondere von Frauen und Kindern.

Geschlechtsspezifische Forschung zu Dosierung und Nebenwirkungen von antiretroviralen Medikamenten.

Ausbau und Stärkung der umfassenden Sexualaufklärung und der HIV- und Aids-Prävention durch regelmäßige öffentliche Informationskampagnen insbesondere an Schulen, der Berufsausbildung und in der außerschulischen Jugendbetreuung.

3. Optimierung des Betreuungsangebots:

Im Sinne einer Verbesserung der ambulanten und stationären Pflege bedarf es besserer Beratungskompetenzen für Pflegepersonen. Um finanziell aufwendige stationäre Aufenthalte von PatientInnen zu verringern, fordert das CFA ein qualitatives Schnittstellenmanagement von Programmen für die Substitution und die HIV-Medikation. Dies benötigt den Aufbau eines elektronischen Kommunikationssystems für alle mit der Behandlung befassten Einrichtungen und Behörden.

Zusätzlich bedarf es betreuter Wohnplätze für pflegebedürftige Menschen mit HIV und Aids sowie die Einrichtung von Nadelaustauschprogrammen für DrogengebraucherInnen in allen österreichischen Gefängnissen.

4. Erstellung eines nationalen Aktionsplanes:

Bei der Einbindung von Politik und Gesellschaft in einem nationalen Aktionsplan gegen HIV/Aids fordern die im Community Forum Austria 2010 zusammengeschlossenen Organisationen und Community-VertreterInnen die Berücksichtigung folgender Maßnahmen:

- Beginn eines Mainstreaming von HIV und Aids in allen Ministerien und relevanten öffentlichen Einrichtungen, um eine bessere Wahrnehmung des jeweiligen Handlungsbedarfes zu fördern.
- Entwicklung einer relevanten und kohärenten Aktionsplanes zur nationalen und internationalen Bekämpfung von HIV und Aids unter Beiteilung der Community sowie die Bereitstellung eigener substanzieller Budgetlinien zur schrittweisen Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen.
- Ein struktureller Dialog zwischen Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern, Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung der regelmäßigen Fortschrittsberichte zu HIV und Aids an die Vereinten Nationen (UNGASS) mit einer Vorlage an das österreichische Parlament.